

In dieser Ausgabe:

Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen?

S. 3

Ausstellungsverbot

S. 5

Umweltzone

S. 8

DIE LINKE im Rat gegen Hauptschulschließungen



Anfang Februar stellte die Stadt ihren Entwurf für einen Schulentwicklungsplan 2007–2013 vor. Bedeutendste Nachricht darin: zwei Hauptschulen sollen jetzt und möglicherweise zwei weitere später geschlossen werden. Die Vertreterin der Fraktion DIE LINKE im Schulausschuss erklärte zu Recht, beim vorliegenden Entwurf handele es sich um einen Schulschließungsplan, nicht um einen Schulentwicklungsplan.

DIE LINKE im Rat wendet sich gegen die Schließung der beiden Hauptschulen, weil sich dadurch die Situation an den verbleibenden Hauptschulen verschlechtern wird. Gerade die Schulform, die unter schwierigsten Bedingungen arbeitet, soll demnächst mit noch mehr SchülerInnen pro Klasse unterrichten.

Über die Schulschließungsankündigung hinaus enthält der Schulentwicklungsplan keine weiteren Planungen, sondern nur die immer wiederkehrende Aussage, die Entwicklung müsse weiter beobachtet werden. Letztlich handelt es sich nur um einen Auszug aus der städtischen Statistik.

Dem Elternwillen zu genügen, also das Ganztagsangebot zu verbessern und der Nachfrage nach Ganztagsangeboten zu entsprechen, ist nicht vorgesehen. Es gibt keinen einzigen bildungspolitischen Gedanken darin.

Die LINKE im Rat hat bereits im letzten Jahr gefordert, den Schulentwicklungsplan auf eine weitere Gesamtschule hin zu entwerfen. Das haben CDU/SPD nicht gewollt. Jetzt kommen sie mit einem Antrag daher, die Verwaltung solle prüfen, ob und wo eine weitere Gesamtschule eingerichtet werden könnte. Das ist reine Verzögerungstaktik, um die Schulentwicklung aus dem Wahlkampf 2009 herauszuhalten!

Hauptschulschließungen

Forts. von Seite 1

Und der Oberbürgermeister stellt der Hauptschule Cronenberg, die von Schließung bedroht ist, die Gründung einer Gesamtschule in Cronenberg in Aussicht. Das ist erst recht ein Ablenkungsmanöver, um die Protestierenden zu beruhigen!

Wir fordern einen echten Schulentwicklungsplan, der Ziele vorgibt und sagt, wie man diese erreichen kann. Der vorgelegte Entwurf hat kein Ziel – außer Sparen.

Wir fordern eine sechste Gesamtschule in Wuppertal, die diesen Namen verdient, also in öffentlicher Trägerschaft, mit Ganztagsbetrieb und unter Berücksichtigung der Drittelung der Schülerschaft aus Haupt-, Realschul- und Gymnasialbereich. Sie darf kein Ersatz für die wegfallenden Hauptschulen sein.

Wir fordern eine ernsthafte Beschäftigung mit der Zukunft von Kindern und Jugendlichen, eine sinnvolle Bildungslandschaft in Wuppertal, die jedem Jugendlichen einen höchstmöglichen Schulabschluss verschafft.

Wir fordern die Umsetzung des Elternwillens nach mehr Ganztagschulen in allen Schulformen und nach weiteren Gesamtschulen!

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor 200 Jahren wurde Barmen von der französischen Besatzungsmacht zur Munizipalität erhoben, erhielt also die Stadtrechte. Zwar ist Barmen damit eine vergleichsweise späte Stadt – im selben Jahr erhielten Remscheid und Mülheim/Ruhr die Stadtrechte, Elberfeld jedoch schon 1610, Schwelm sogar schon 1496 –, doch ist das allemal ein Grund zu feiern.

Zweifel, ob die Feierlaune angesagt ist, melden sich, wenn man auf die letzten Jahre zurückblickt. Erinnern Sie sich noch, wie lautstark die Regionale im Jahr 2002 begrüßt wurde? Man glaubte seinerzeit, sämtliche Wuppertaler Stadtteile mit Landesgeldern wie aus einem Füllhorn beglücken zu können. Damals wurde ein eigenes „Steuerungsgremium Barmen“ ins Leben gerufen, das die zahlreichen Projekte koordinieren sollte, vom Umbau des Hauses der Jugend bis zum Bau eines Terrassenparks südlich des Geschwister-Scholl-Platzes.

Was ist davon realisiert worden? Der Tunnel am Alten Markt wurde geschlossen, auch wenn das recht provisorisch aussieht, und dafür der Fußgängerüberweg über die Höhne etwas versetzt; von der Dörner Brücke können Autos jetzt links abbiegen; ein etwas seltsamer Fußweg auf der alten Bergbahn-Trasse zum Toelleturm wurde gebaut, und von zahlreichen geplanten Zugängen zur Wupper wurden einige – in Sparfassung – verwirklicht.

Von den größeren Plänen ist nur die Umgestaltung des Eingangs zum Museum für Frühindustrialisierung durchgeführt worden.

Herzliche Glückwünsche, Barmen!

Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen: **Die faulen Tricks der SPD-Fraktion**

Mit Antrag vom 5. Dezember 2007 hatte die Fraktion DIE LINKE-Offene Liste einen Antrag in den Migrationsausschuss und den Rat der Stadt Wuppertal eingebracht mit dem Ziel, in einer Resolution an Bund und Länder das kommunale Wahlrecht für sogenannte Drittstaatsangehörige (Nicht-EU-BürgerInnen) einzufordern. In der Ratssitzung am 10. März wurde der Antrag für in der Sache erledigt erklärt.

Erstaunt waren viele, dass die SPD-Ratsfraktion mit Datum vom 11.1.08 einen eigenen Antrag des gleichen Inhaltes einbrachte. Allerdings war dieser Antrag nur an den Migrationsausschuss und nicht an den Rat gerichtet.

Der Migrationsausschuss behandelte auf seiner Sitzung am 12. Februar logischerweise beide Anträge zusammen. Während der SPD-Vertreter für Zustimmung zu dem Resolutionsantrag seiner Partei warb, sprach sich in der anschließenden – sehr kontrovers geführten – Diskussion der CDU-Vertreter für die Ablehnung beider Anträge aus und wies auf die angeblich bereits bestehenden Möglichkeiten der Teilnahme ausländischer Mitbürger am gesellschaftlichen und politischen Leben in Deutschland hin, die z.B. mit den Regelungen zur Einbürgerung beispielhaft seien.

Schließlich erklärte der Ausschuss-Vorsitzende, Stadtverordneter Izgi, selbstherrlich und ohne logische Begründung den Resolutionsantrag der SPD-Fraktion im Gegensatz zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE für den „weitergehenden“ Antrag und rief zur Abstimmung auf. CDU-Sprecher Stv. Norkowsky ließ es sich natürlich nicht nehmen, nochmals zu betonen, dass die CDU-Fraktion „in der Sache“ ausdrücklich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE stimmt.

Schließlich beschloss der Migrationsausschuss den SPD-Antrag ungeändert, und somit wurde der Resolutionsantrag der Fraktion der offenen Liste DIE LINKE in der Sache als erledigt betrachtet.

Man sollte meinen, dass es ja nun eigentlich egal ist, ob der Antrag der SPD oder der der Linksfraktion beschlossen wird. So oder ähnlich werden sicherlich auch viele Mitglieder des Ausschusses gedacht haben: Hauptsache, wir haben uns in einer Resolution für das kommunale Wahlrecht der Nicht-EU-Bürger in unserem Land eingesetzt.

Aber – weit gefehlt! Denn die Tücke des SPD-Antrages lag nicht in der Forderung selbst, sondern in der Tatsache, dass dieser Antrag – im Gegensatz zum Antrag der Linksfraktion – nur an den Migrationsausschuss gerichtet war und nicht an den Stadtrat! So kann man diesen Beschluss des Migrationsausschusses zwar als Willenserklärung bezeichnen, doch hat diese Resolution weder praktische Konsequenzen für den Rat noch wird sie jemals ihre Zieladresse in Berlin erreichen. Und gerade das wäre wichtig gewesen, blockiert doch die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD seit mehr als 2 Jahren ihre eigene Verpflichtung im Koalitionsvertrag, die Frage des kommunalen Wahlrechts für sogenannte Drittstaatsangehörige zu prüfen.

Weiter auf Seite 4

Forts. von Seite 3

Es dämmert jetzt wohl auch einigen Mitgliedern des Migrationsausschusses, dass das wichtige Thema „Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger“ in Wuppertal im trauten Zusammenspiel von SPD und CDU eine „Beerdigung erster Klasse“ erfahren hat. Andere Städte wie Essen, Köln und Bonn haben sich inzwischen weitsichtiger gezeigt und längst eine solche Resolution auf den Weg nach Berlin gebracht.

Diese Sitzung des Migrationsausschusses war so ein weiteres Schulbeispiel dafür, mit welchen Tricks die Parteien der „Großen Kooperation“ in Wuppertal arbeiten und sich gegenseitig die Bälle zuspielen, wenn es darum geht, unbequeme Anträge der Opposition "zu erledigen" bzw. wirkungslos zu machen.

BV Elberfeld verweigert Zuschuss zum Ölbergfest



Cemal Agir, geboren 1960 in Adana, Türkei, ist von Beruf Familientherapeut.

Wie in den Jahren zuvor beantragten die VeranstalterInnen des erfolgreichen Ölbergfestes auch diesmal wieder bei der Bezirksvertretung Elberfeld einen Zuschuss in Höhe von 2000 Euro. Der Antrag wurde abgelehnt. Wir sprachen mit dem Bezirksvertreter der LINKEN, Cemal Agir.

LINKE im Rat: Welche Haltung hast Du in der fraglichen Sitzung der Bezirksvertretung eingenommen?

Cemal Agir: Der Bezirksbürgermeister Vitenius meinte, das Ölbergfest sei eine eher kommerzielle Veranstaltung. Aber das Komitee macht doch keinen Gewinn, sondern die Leute opfern ihre Zeit und Ihre Energie, indem sie so etwas auf die Beine stellen. Natürlich habe ich in der Sitzung gegen die Streichung geredet und gestimmt.

LiR: Ehrenamt ist natürlich noch kein Grund, städtische Gelder dafür herzugeben.

Cemal: Aber das Fest ist für den Ölberg sehr wichtig, für die Integration der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Beim Ölbergfest können sie sich kennen lernen, mit einander sprechen und austauschen. Es kann gar nicht genug solcher Gelegenheiten geben. Es ist schade, dass das Fest im letzten Jahr nicht stattgefunden hat. Auf jeden Fall hat die Stadt, hat die Bezirksvertretung allen Grund, dieser Initiative jede nur erdenkliche Unterstützung zu geben. Diese Verweigerung der 2000 Euro ist kleinlich, unangemessen und untergräbt das, was die Stadt offiziell eigentlich will: integrative Stadtteilarbeit.

LiR: Wäre diese offensichtliche Fehlentscheidung denn noch zu korrigieren?

Cemal: Na klar! Auf der nächsten Sitzung könnte man durchaus anders beschließen, und ich hoffe, das wird passieren, denn statt den Initiatoren hier Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sollte man durch deren Unterstützung zeigen, dass hier Vorbildliches passiert, an dem sich auch andere Stadtteile orientieren könnten.

Ein Verbot ist ein Verbot ist ein Verbot



Am 11. Januar ging die Ausstellung ins Exil.

In der Ratssitzung am 10. März wurde von der Fraktion die LINKE ein Antrag eingebracht, in dem die Mitglieder des Rates die Verbote des Oberbürgermeisters missbilligen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Rates gegen die Stimmen der Grünen und unserer Fraktion abgelehnt.

Damit geht eine lange Geschichte noch immer nicht zu Ende. Wir erinnern uns: Anfang Januar dieses Jahres lernten auch die BewohnerInnen der bundesdeutschen Provinz die Stadt Wuppertal, die Ausstellung „Vom Polizeigriff zum Übergriff“ und ihr Verbot durch den Wuppertaler Oberbürgermeister kennen. Auch so lässt sich Stadtmarketing betreiben. Wuppertal und Ausstellungsverbot werden in Ost und West in einem Atemzug genannt.

Es blieb im Januar dieses Jahres nicht bei einem Verbot. Herr Oberbürgermeister Peter Jung legte in seiner dynamischen, autokratischen Art und nach dem Motto „Aller guten Dinge sind drei“ nach:

Eine Informationsveranstaltung zum Thema „Schließung der Ausstellung ‚Vom Polizeigriff zum Übergriff‘“ und eine erweiterte Fraktionssitzung der Ratsfraktion der offenen Liste DIE LINKE fielen ebenfalls dem Verbotsrausch des OB zum Opfer.

In einer Demokratie darf auch die Polizei nicht unabhängig vom Gesetz handeln, und es ist ein demokratisches Recht, polizeiliche Willkür auch in öffentlichen bzw. städtischen Räumen zu thematisieren und zu kritisieren.

Deshalb sind auch die Verbotsentscheidungen des Oberbürgermeisters vom 11. und 15. Januar 2008 eklatante Eingriffe in diese Rechte. Die Auseinandersetzung über das Ausstellungsverbot wäre umso wichtiger gewesen, als Stadtverordnete in Ausübung ihres kommunalpolitischen Mandats nicht nur das

Ein Verbot ist ...

Forts. von Seite 5

Recht, sondern auch die Pflicht haben, Entscheidungen des Oberbürgermeisters zu hinterfragen. Diese Verbote sind eine unzulässige Behinderung der Stadtverordneten bei der Wahrnehmung ihrer politischen Aufgaben.

Die Ratsfraktion der offenen Liste DIE LINKE ist nicht bereit, die Behinderung ihres Mandats hinzunehmen. Deshalb wird das Verhalten des OB noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Oberbürgermeister sah, ohne die Ausstellung selbst gesehen zu haben, in ihr „das Ansehen der Polizei verunglimpft“. Wer allerdings die Ausstellung in ihrem Asyl im Café des Erwerbslosen- und Sozialhilfevereins Tacheles e.V. gesehen hat, empfindet großes Unverständnis gegenüber der Verbotsentscheidung. Die in der Ausstellung des Berliner Antidiskriminierungsbüros dokumentierten Fälle von Polizeiübergriffen gegen MigrantInnen, Obdachlose und soziale Minderheiten diffamieren die BeamtInnen der Polizei nicht. Sie zeigen auf, was nicht zu leugnen ist. Immer wieder kommt es auch in Wuppertal zu "fehlerhaften" und „unangemessenen“ Polizeieinsätzen. Ein „Vorfall“ aus dem letzten Jahr wird durch die „Sanktionskoordinationsgruppe Polizei“ von amnesty international untersucht.

Durch das Verbot der Ausstellung in Wuppertal wird deutlich, wie tabuisiert das Thema „Polizeiübergriffe“ ist. Wer die Institution Polizei kritisiert, begeht offenbar bereits einen Angriff auf „Sicherheit und Ordnung“. Das Verbot ebnet weiterer Polizeiwilkkür auf Straßen und in Amtsstuben den Weg. Es gibt nichts, was es nicht geben soll.

amnesty international veröffentlichte 2004 den Bericht „Erneut im Fokus – Vorwürfe über polizeiliche Misshandlungen und den Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt in Deutschland“. Darin dokumentiert die Organisation zwanzig Fälle, die in ihren Augen exemplarisch für übermäßige Polizeigewalt in Deutschland stehen. ([http:// www.amnesty-polizei.de/pages/deutschlandbericht.php](http://www.amnesty-polizei.de/pages/deutschlandbericht.php)).

Bereits 1995 und 1997 hatte amnesty ähnliche Berichte veröffentlicht.

Wolfgang-Abendroth-Straße

Endlich: Nach langem Hin und Her ist endlich der Beschluss der Elberfelder Bezirksvertretung verwirklicht worden, eine Straße nach Professor Dr. Wolfgang Abendroth zu benennen. (Die LINKE im Rat Nr. 1/2005 u. 6/2007) Der bekannte Sozialist, Politologe und Jurist wurde 1906 in Elberfeld geboren. Die Straße wird in einem Neubaugebiet westlich der Uni-Halle liegen.

Ein Vorbild für Wuppertal? Lettow-Vorbeck-Straße endlich umbenennen!

In der Ratssitzung am 10. März 2008 hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, die Lettow-Vorbeck-Straße in Vohwinkel umzubenennen.

Schon länger gab es Bestrebungen, den belasteten Straßennamen loszuwerden. So scheiterten die Grünen im Mai 2006 mit einem entsprechenden Antrag in der Vohwinkeler Bezirksvertretung, und zwar mit 2 gegen 12 Stimmen.

Ende 2007 beschäftigte sich die katholische Kirchengemeinde in einer öffentlichen Veranstaltung noch einmal eindringlich mit dem Thema, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass es sich bei Lettow-Vorbeck um jemanden handelt, bei dem es nichts zu würdigen gibt, schon gar nicht durch eine Straßenbenennung.

General Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964) war ein besonders brutaler und menschenverachtender Vertreter des deutschen Kolonialismus und hat von China über Afrika bis nach Hamburg und Mecklenburg (Kapp-Putsch) eine Blutspur hinter sich her gezogen. 1904 war er etwa als Adjutant des Generals von Trotha an der Ermordung von über 60000 Herero, Männern, Frauen und Kindern, in „Deutsch-Südwest-Afrika“, dem heutigen Namibia, beteiligt.

Nach dem Ersten Weltkrieg beteiligte sich Lettow-Vorbeck am gegen die Republik gerichteten Kapp-Putsch und diente schließlich dem NS-Regime als Kolonialpropagandist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg galt Lettow-Vorbeck trotzdem immer noch als Kriegsheld, und zumindest in der frühen Bundesrepublik wurden Kasernen, Schulen, Straßen und Plätze nach ihm benannt.

In den letzten Jahren hat sich, bedingt auch durch neue historische Forschungen zur Rolle Lettow-Vorbecks, eine kritischere Haltung zu diesem „Helden“ entwickelt. Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul hat sich am 14.8.2004 in der Hauptstadt Namibias, Windhuk, für die Verbrechen der deutschen Militärs entschuldigt.

Die Stadt München hat unlängst ihre von-Trotha-Straße in Hererostraße umbenannt. Auch Wuppertal sollte einen anderen Namen finden: Es sollte in Wuppertal keine Straße geben, die nach jemandem benannt ist, für den man sich insbesondere im Ausland entschuldigen und schämen muss.

Im Januar hat die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises „Kultur des Erinnerns“ stattgefunden, der sich auch dieses Themas annehmen wird und dem Rat Empfehlungen geben wird.

Der Rat übrigens hat sich am 10.3. für unzuständig erklärt. Die Zuständigkeit liege bei der Bezirksvertretung, die die Umbenennung schon einmal abgelehnt hat.

Umweltzonen in Wuppertal – wem nützen sie wirklich?

Nach dem inzwischen bewährten „Basta-Prinzip“ hat OB Peter Jung die Einführung der heiß umstrittenen Umweltzonen in Wuppertal erst einmal auf Eis gelegt.

Was steckt wirklich hinter diesem „Luftreinhalteplan“ der Bezirksregierung Düsseldorf vom 5.2.08, und warum will OB Jung dessen Umsetzung nun unbedingt verhindern?

Eigentlich etwas Gutes, sollte man denken. Schon in dem „Luftmessbericht Wuppertal 2006“ wurde auf die hohe Belastung durch Feinstaub und NO₂ (Stickstoffdioxid) hingewiesen und im Interesse der Wohn- und Lebensqualität Maßnahmen zur Luftreinhaltung angekündigt.

Schon damals hat die Fraktion der offenen Liste DIE LINKE Rat und Verwaltung der Stadt Wuppertal aufgefordert, aus diesem Bericht Konsequenzen zu ziehen und die Ursachen der Luftverschmutzung vor allem in den Wohngebieten von Barmen und Elberfeld zu bekämpfen.

Doch den wirklichen Ursachen kann man nicht allein durch ausgetüftelte Luftreinhaltepläne beikommen: Notwendig wäre aus Sicht der Linken ein Umdenken in der Umwelt- und Verkehrspolitik. Dazu gehören:

- besserer Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs;
- günstigere Fahrpreise;
- Verlegen von mehr Gütertransport auf die Schiene;
- der Bau neuer, emissionsarmer Kraftwerke;
- Ausbau des Radwegenetzes.

Zudem sind klare politische Vorgaben an die Automobilindustrie notwendig, weniger PS-Protze und dafür mehr Kraftfahrzeuge mit umweltfreundlicherer Technologie zu bauen.

Als wirkungsvoll hat sich inzwischen schon der sogenannte „Aktionsplan“ gezeigt, der seit Juli 2005 für den Steinweg in Barmen in Kraft ist und durch konkrete Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und des besseren Verkehrsflusses eine erhebliche Entlastung für die Anwohner dort gebracht hat.

Kaum lag jetzt der lang angekündigte „Luftreinhalteplan für Wuppertal“ vor, gleich ging schon das Geschrei der Lobbyisten und Interessenverbände los, unterstützt durch die Parteien der „Großen Kooperation“ CDU/SPD, deren einzige Sorge offenbar darin bestand, dass die Innenstädte von Barmen und Elberfeld durch Fahrverbote „erhebliche wirtschaftliche Nachteile“ zu befürchten hätten.

Dabei war vor einem Jahr schon klar, dass von den Fahrverboten „nur“ die Fahrzeuge der „Schadstoffgruppe 1“ betroffen sein sollen. Das zielt aber vor allem auf diejenigen Bürger, die ein altes Auto fahren, für das keine Nachrüstmöglichkeit besteht bzw. die sich keine teure Nachrüstung mit einem Rußpartikelfilter oder aber kein neues Auto leisten können. Wenn die aber dann – z.B. wegen schlechter Verbindungen – auch nicht auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen können, wird klar, wen die Einrichtung von Umweltzonen wirklich trifft – nämlich die kleinen Leute und die AnwohnerInnen der stark belasteten Wohnquartiere.

Forts. von Seite 8

So wird der neue Luftreinhalteplan aufgrund der vielen Ausnahmeregelungen relativ wirkungslos bleiben. Und die starke Belastung durch die Autobahn A 46, die ja über die ganze Ost-West-Achse von Wuppertal verläuft, ist von diesem Plan überhaupt nicht berührt.

Aber alle anderen – Anlieferer für Geschäfte und Firmen, Handwerker mit ihren Fahrzeugen usw. werden Sondergenehmigungen „en masse“ erhalten. Doch damit wird auch klar, dass es keine nennenswerte Entlastung der Innenstädte von Elberfeld, Barmen und Vohwinkel geben wird und dass auch die von den Geschäftsleuten befürchteten „Nachteile“ sich sehr in Grenzen halten werden.

Insofern haben der OB und andere zwar Recht, wenn sie den Luftreinhalteplan als wirkungslos bezeichnen. Aber die wahren Ursachen für die zunehmende Verschlechterung unserer Atemluft werden auch von den verantwortlichen Politikern nicht benannt: nämlich der ständig anwachsende Kraftfahrzeug-Verkehr, veraltete Kraftwerke und die damit verbundenen Emissionen.

Und dem kann man mit noch so gut ausgetüftelten Luftreinhalteplänen nicht beikommen, weil man damit nicht die Ursachen, sondern nur die Wirkung bekämpft.

Schulmittagessen: Verwaltung kennt keine Härtefälle

Auch vor der Ratssitzung am 10. März ging der Protest weiter.

